



Raiffeisenbank Alteglofsheim - Hagelstadt eG

Hagelstadt

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG ist eine eingetragene Genossenschaft, die der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen ist.

Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Wir betreiben grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte.

Die Bank hat als zentrale Geschäftsfelder das Privat- und das Firmenkundengeschäft sowie als Ergänzung zum Kundengeschäft und zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risikosteuerung das Eigengeschäft. Das Institut nutzt darüber hinaus das Leistungsangebot innerhalb der genossenschaftlichen Finanzgruppe.

Organe sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung.

Im Bankgeschäft haben wir derzeit 19 Beschäftigte.

Unser Kerngeschäftsgebiet umfasst die Gemeinden Hagelstadt und Alteglofsheim.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der bayerischen Kreditgenossenschaften

Das Jahr 2024 stellte sich als weiteres Jahr voller Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft heraus, die bereits 2023 in eine Rezession gerutscht ist. Trotz sinkender Energiepreise und teils positiver Entwicklungen in einzelnen Sektoren prägte der strukturelle Wandel, geopolitische Unsicherheiten und eine schwache Konsumnachfrage das wirtschaftliche Umfeld. Während sich der Arbeitsmarkt noch robust zeigte, stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen spürbar an. Besonders betroffen waren kleine und mittelständische Betriebe.

Im Jahr 2024 schrumpfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland leicht um 0,2 %. Damit erlebte Deutschland den ersten zweijährigen Rückgang seit den frühen 2000er Jahren, nachdem das BIP bereits im Jahr 2023 um 0,3 % abnahm.

Mit durchschnittlich 46,1 Millionen Personen erreichte die Zahl der Erwerbstätigen 2024 einen neuen Höchststand. Allerdings verlangsamte sich das Wachstum im Vergleich zu den Vorjahren auf 0,2 %. Der Zuwachs wurde ausschließlich vom Dienstleistungssektor getragen, der 2024 75,5 % aller Beschäftigten stellte. Trotz des generellen Anstiegs der Erwerbstätigkeit erhöhte sich auch die Zahl der Erwerbslosen deutlich um 13,4 %, was die Auswirkungen der abgeschwächten Konjunktur widerspiegelt. Infolgedessen stieg auch die Arbeitslosenquote und erreichte zum Jahresende 6,0 %.

Die Inflation, gemessen am Verbraucherpreisindex, lag im Jahr 2024 bei durchschnittlich 2,2 %. Damit überschritt sie den Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2,0 % zwar noch immer, fiel jedoch niedriger aus als im Vorjahr. Im Jahresverlauf unterlag die Teuerung Schwankungen und verzeichnete im letzten Quartal einen leichten Anstieg. Während die Energiepreise bis zum Jahresende sich insgesamt um 3,2 % verringerten, verteuerten sich Dienstleistungen um 3,8 % und Waren um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr.

Mit Blick auf das globale Wirtschaftswachstum zeichnet sich für das Jahr 2024 eine leichte Abschwächung ab. Erste Einschätzungen gehen von einem Rückgang um 0,1 Prozentpunkte auf 3,2 % aus. Während insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländer sowie die USA und China nach einer stärkeren Expansionsphase im Vorjahr 2023 an Dynamik verlieren, dürfte sich das Wachstum in der Europäischen Union von einem niedrigeren Niveau aus mehr als verdoppeln und 0,9 % erreichen.

Entwicklung der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbank im Jahr 2024



Die 180 bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken haben im Jahr 2024 trotz herausfordernder Rahmenbedingungen ihren Erfolgskurs fortgesetzt. Sowohl das Privatkundengeschäft als auch das Geschäftskundensegment sind bei Kundengeldern und Krediten gewachsen. Diese positive Entwicklung spiegelt sich auch in der Bilanzsumme wider, die um 3,1 % auf 210,3 Milliarden Euro anstieg.

Die bilanziellen Kundengelder der Institute legten um 3,5 % auf 161,2 Milliarden Euro zu. Die Ausleihungen stiegen um 2,7 % auf 142,3 Milliarden Euro. Das bei Verbundpartnern angelegte Volumen nahm um 8,1 % auf 123,1 Milliarden Euro zu. Das Gesamtbetriebsergebnis lag mit 2,1 Milliarden Euro leicht über dem Vorjahresniveau von 2,0 Milliarden Euro.

Dank des guten Ergebnisses konnten die Banken ihre Eigenkapitalausstattung 2024 weiter ausbauen. Das harte Kernkapital beläuft sich mittlerweile auf 20,9 Milliarden Euro, ein Plus von 7,0 % gegenüber dem Vorjahr. Die harte Kernkapitalquote ist von 16,3 % auf 17,2 % gestiegen. (Quelle: GVB)

II.2 Leistungsindikatoren

Definition unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

- Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: "BE vor Bewertung/dBS") festgelegt. Die Kennzahl BE vor Bewertung/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftsvolumen, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme. Betriebswirtschaftlich neutrale Erfolgsfaktoren und Ertragsteuern bleiben unberücksichtigt. Die Leistungskennzahl unterscheidet sich insofern von der Gewinn- und Verlustrechnung, dass als Basis nicht die Bilanzsumme zum Jahresende verwendet wird, sondern der jeweilige Monatsendbestand aus der Bundesbankmeldung der Bilanzstatistik.

- Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: "CIR") bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis (inkl. laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren) sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen dar. Das Bewertungsergebnis, betriebswirtschaftlich neutrale Erfolgsfaktoren und Ertragsteuern bleiben unberücksichtigt.

- Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamer Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dienen die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote und die Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR (Eigenmittel des Instituts in Prozent des Gesamtrisikobetrags). Darüber hinaus dient das erwirtschaftete versteuerte Eigenkapital informatorisch als Leistungsindikator bei der Vermögenslage.

- Liquidity Coverage Ratio (LCR) als Liquiditätskennzahl nach den Verordnungen (EU) 2015/61 und 575/2013 (Bestand an liquiden Aktiva / Nettoabflüsse in den nächsten 30 Tagen).

Entwicklung unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2024

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2024 stellt sich wie folgt dar:

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung erhöhte sich von 3.062 TEUR auf 3.388 TEUR. Die Rentabilitätskennzahl BE vor Bewertung/dBS erhöhte sich von 1,82 % auf 1,93 %. Diese Entwicklung entspricht nicht der in der Vorperiode berichteten Prognose. Ursächlich für die Planabweichung ist ein höherer Zinsüberschuss sowie ein niedrigerer Personalaufwand. Das Ergebnis hat sich dadurch insgesamt besser als geplant entwickelt.

Die CIR hat sich von 40,75 % auf 37,74 % verbessert. Das entspricht nicht den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Ursächlich für die Planabweichung ist ein höherer Zinsüberschuss bei gleichzeitig niedrigeren Verwaltungsaufwendungen.

Die Gesamtkapitalquote / Kernkapitalquote erhöhte sich von 18,19 % auf 19,41 %.

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) lag mit einer Kennzahl von 105 % zum Bilanzstichtag über dem geforderten Mindestwert von 100 % und damit im Prognosebereich. Auch unterjährig wurde der gesetzliche Mindestwert jederzeit eingehalten und lag hier zum Monatsultimo zwischen 105 % und 344 %. Die prognostizierte Bandbreite von 100 % und 200 % wurde übertroffen.

Bei der Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage sowie im Rahmen des Prognoseberichts wird im Detail auf deren Entwicklung eingegangen.

II.3 Geschäftsverlauf der Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG

	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Bilanzsumme	180.244	168.211	+	12.033	7,2
Außerbilanzielle Geschäfte	4.549	4.750	-	201	4,2

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 7,2 %. Maßgeblich hierfür war insbesondere die Entwicklung des Kundeneinlagengeschäfts.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 685 TEUR (Bürgschaften) und aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 3.864 TEUR zusammensetzen, bewegte sich auf Vorjahresniveau.



Aktivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Kundenforderungen	154.415	139.115	+	15.300	11,0
Wertpapiere	16.516	25.406	-	8.890	35,0
Forderungen an Kreditinstitute	6.989	1.941	+	5.048	260,1

Die Entwicklung des Aktivgeschäfts übertraf die in der Vorperiode berichteten Prognosen.

Der Anteil der Wertpapieranlagen an der Bilanzsumme ist um 35,0 % gesunken. Mit dem Verkauf der Wertpapiere wurde das Kundenkreditgeschäft zum Teil refinanziert.

Im Berichtsjahr konnte das bilanzielle Kreditvolumen auf Grund einer weiterhin starken Nachfrage - insbesondere nach Immobilienfinanzierungen - um 11,00 % erhöht werden. Das Kundenkreditgeschäft wuchs damit deutlich stärker als im Vorjahr (3,00 %) prognostiziert.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.537	19.624	-	6.087	31,0
Spareinlagen von Kunden	15.423	17.097	-	1.674	9,8
andere Einlagen von Kunden	125.617	108.608	+	17.009	15,7

Die Entwicklung des Passivgeschäfts entsprach nicht den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Ursächlich hierfür ist ein überdurchschnittlicher Zuwachs der Kundeneinlagen. In der Struktur der Passivseite sind wesentliche Veränderungen zu verzeichnen, die insbesondere auf einen Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und einen Zuwachs der Kundeneinlagen zurückzuführen sind.

Die Kundengelder setzen sich im Wesentlichen aus Sichteinlagen (24,60 % der Bilanzsumme), Spareinlagen (8,56 % der Bilanzsumme) und befristete Einlagen (45,10 % der Bilanzsumme) zusammen. Insgesamt haben sich die Kundengelder um 12,20 % bzw. 15.335 TEUR auf 141.040 TEUR erhöht.

Im Kundeneinlagengeschäft lag das Wachstum mit 12,20 % über der im Vorjahr prognostizierter Wachstumsrate von 3,00 %.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	35	27	+	8	29,6
andere Vermittlungserträge	232	224	+	8	3,6
Erträge aus Zahlungsverkehr	414	373	+	41	11,0

Die Entwicklung des Dienstleistungsgeschäftes entsprach den in der Vorperiode berichteten Prognosen. Alle geplanten Ziele wurden erreicht.

Investitionen

Im Berichtsjahr wurde mit der Planung des Neubaus des Gebäudes am Sitz der Genossenschaft in 93095 Hagelstadt begonnen, das voraussichtlich Ende 2026 fertiggestellt wird.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

II.4 Lage der Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG

II.4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:



Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Zinsüberschuss 1)	4.521	4.061	+	460	11,3
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	232	439	-	207	47,2
Provisionsüberschuss 2)	659	630	+	29	4,6
Sonstiges betriebliches Ergebnis 3)	29	36	-	7	19,4
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	1.332	1.430	-	98	6,9
b) andere Verwaltungsaufwendungen	695	651	+	44	6,8
Bewertungsergebnis 4)	-15	-513	+	498	97,1
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	3.385	2.560	+	825	32,2
Steueraufwand	989	758	+	231	30,5
Jahresüberschuss	396	602	-	206	34,2

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

³⁾ GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

⁴⁾ GuV-Posten 13 - 16

Die Entwicklung der Ertragslage hat unsere in der Vorperiode berichteten Prognose übertroffen.

Im Berichtsjahr war ein Anstieg des Zinsüberschusses zu verzeichnen. Die Erhöhung begründet sich hauptsächlich aus dem stark gestiegenen Zinsertrag im Kreditgeschäft.

Die laufenden Erträge haben sich durch Reduzierung der Eigenanlagen erheblich reduziert.

Der Provisionsüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Schwerpunkt sind die Erträge aus dem Zahlungsverkehr und Kontoführung sowie aus der Vermittlung von Bauspar- und Versicherungsverträgen.

Die Reduzierung der Verwaltungsaufwendungen resultiert aus sinkenden Personalaufwendungen infolge einer Veränderung der Personalstruktur. Ferner war ein Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen zu verzeichnen.

Unser Betriebsergebnis vor Bewertung (vgl. Definition Abschnitt II.2) in Höhe von 3.388 TEUR liegt über dem Vorjahresniveau (3.062 TEUR). Die Rentabilitätskennzahl BE vor Bewertung/dBS erhöhte sich im Vorjahresvergleich von 1,82 % auf 1,93 % und lag überhalb unserer Prognose.

Das Bewertungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr von - 513 TEUR auf -15 TEUR verbessert. Ursächlich hierfür war eine weitere Beruhigung an den Kapitalmärkten und eine daraus resultierende Stabilisierung der Wertpapierkurse. Weitere Anpassungen ergaben sich bei den Einzelwertberichtigungen und den Pauschalwertberichtigungen bzw. Pauschalwertrückstellungen im Kreditgeschäft.

Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost-Income-Ratio - CIR) / (vgl. Definition im Abschnitt II.2) hat sich gegenüber dem Vorjahr von 40,75 % auf 37,74 % verbessert.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.385 TEUR ist deutlich höher als der Vorjahreswert in Höhe von 2.560 TEUR. Ursachen hierfür sind im Wesentlichen die oben dargestellten Veränderungen im Zinsüberschuss und im Bewertungsergebnis.

Der Steueraufwand hat sich von 758 TEUR auf 989 TEUR erhöht.

Der Jahresüberschuss ist insgesamt um 206 TEUR auf 396 TEUR gesunken. Vom Jahresüberschuss wurden 350 TEUR den Rücklagen zugeführt. Der Vorstand schlägt vor, vom Bilanzgewinn in Höhe von 46 TEUR, 43 TEUR Dividende auszuschütten und den Restbetrag des Bilanzgewinns den Rücklagen zuzuweisen.

II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die Entwicklung der Finanzlage entsprach unserer in der Vorperiode berichteten Prognose.

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen. Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ration (LCR) wiesen im Berichtszeitraum 2024 einen Wert von mindestens 105 % aus. Zum Bilanzstichtag lag die Stresskennzahl bei 105 %.

Von den Wertpapiere sind 5.115 TEUR notenbankfähig und können bei der Bundesbank zum Erhalt liquider Mittel hinterlegt werden.

Neben den dargestellten liquiden Mitteln stehen uns kurzfristig verfügbare Kreditlinien bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank (DZ BANK AG) und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB zur Verfügung. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) abzuschließen, wurde nicht genutzt. Übernachtkredite (Spitzenrefinanzierungsfazilität) wurden nicht in Anspruch genommen. Die eingeräumten Kreditlinien der DZ BANK AG haben wir im Jahresverlauf nur dispositiionsbedingt in Anspruch genommen.

Unsere Refinanzierungsstruktur ist weitgehend unabhängig von den Interbanken- und Kapitalmärkten und überwiegend durch Geschäftsbeziehungen mit den Privat- und Firmenkunden geprägt. Zusätzlich wurden Refinanzierungsmittel der DZ BANK AG in Anspruch genommen.

Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den folgenden Jahren aufgrund der vorhandenen Liquiditätsreserven sowie der Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund nicht zu rechnen. Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf hochliquide Aktiva zurückgreifen.

Bis zur Erstellung des Lageberichts liegen keine Anhaltspunkte für Umstände vor, die die Liquiditätslage der Bank nachteilig verändern könnten.

Weitere Ausführungen finden sich unter III.4 Liquiditätsrisiken.

II.4.3 Vermögenslage

Die Entwicklung der Vermögenslage entsprach unserer in der Vorperiode berichteten Prognose.

Eigenkapital

Das Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	726	723	+	3	0,4
Rücklagen	8.785	8.375	+	410	4,9

Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch Gewinnthesaurierung zugunsten der Rücklagen. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 14.000 TEUR (Vorjahr 12.000 TEUR).

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme hat sich von 12,57 % auf 13,03 % erhöht. Grund dafür ist eine stärkere Ergebniszuführung zu den bilanziellen Eigenmitteln.

Die harte Kernkapitalquote ist auf 19,41 % gestiegen (Vorjahr 18,19 %). Die wesentliche Ursache hierfür ist ein Anstieg der Eigenmittel.

Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin vorrangiges Ziel der Geschäftspolitik.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestgrößen wurden jederzeit eingehalten.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,22 %. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken würde sich eine Kapitalrendite von 1,33 % ergeben.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme ist von 82,70 % auf 85,67 % gestiegen.

Branchenschwerpunkte im Kreditbestand liegen im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen.

Weitere Konzentrationen in den einzelnen Branchen sind nicht vorhanden.

Der Schwerpunkt der Kundenfinanzierungen liegt in den mittleren Größenklassen bis zu 1.500 TEUR.



Die Größenklassengliederung ist ausgewogen.

Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen abgesichert.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen	8.113	11.150	-	3.037	27,2
Liquiditätsreserve	8.403	14.255	-	5.852	41,1

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 9,16 % (Vorjahr 15,10 %) an der Bilanzsumme. Hiervon entfällt ein Anteil von 5,22 %-Punkten auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 3,94 %-Punkten auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6). Bei den festverzinslichen Wertpapieren sind EUR-Anleihen ausländischer Emittenten in Höhe von 6.113 TEUR enthalten. Anleihen in ausländischer Währung sind nicht vorhanden.

Wertpapiere mit Nachrangklausel der DZ BANK AG sind in Höhe von 2.497 TEUR im Bestand.

Die Bilanzposition Aktiva 6, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, beinhaltet ausschließlich Immobilienfonds in Höhe von 7.105 TEUR.

Vom gesamten Wertpapierbestand wurde ein Teilbetrag in Höhe von 7.214 TEUR wie Anlagevermögen bewertet. Die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Dadurch wurden Abschreibungen in Höhe von 899 TEUR (Vorjahr 1.186 TEUR) vermieden.

Strukturierte Finanzinstrumente haben wir nicht im Bestand.

Derivategeschäfte

Es wurden keine derivativen Instrumente getätigt.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Insgesamt beurteilen wir die Geschäftsentwicklung und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses trotz der wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen in Deutschland und der weltweiten Konfliktsituationen, im Vergleich zum Vorjahr und im Vergleich zu anderen ähnlich großen Kreditgenossenschaften aufgrund überdurchschnittlicher Ertrags- und Wachstumszahlen als günstig. Das Ergebnis ermöglicht eine angemessene Stärkung der Eigenmittel. Sowohl beim Kreditgeschäft als auch im Einlagengeschäft wurden die Erwartungen aus der Eckwertplanung übertroffen.

Die Ertragslage der Bank ist gut, sie hat sich - in Relation der Durchschnittsbilanzsumme - bedingt durch eine Erhöhung des Zinsüberschusses bei gleichzeitiger Reduzierung der Betriebskosten verbessert.

Die Vermögenslage der Bank ist gut, sie zeichnet sich unverändert durch eine angemessene Eigenkapitalausstattung aus, so dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowohl im Vorjahr als auch im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten wurden. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Die Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität wurden jederzeit eingehalten und entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Plandaten sowie die Risikotragfähigkeit der Bank. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken. Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und entwickeln entsprechende Risikostrategien.

Unsere zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen das Ziel der Fortführung unseres Instituts (normative Perspektive), als auch den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht (ökonomische Perspektive).



Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere die Kapitalgrößen wie Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals wie beispielsweise die Höchstverschuldungsquote und die Großkreditgrenzen. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf die Einhaltung der Kapitalquoten bewirkt und sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeithorizont von fünf Jahren ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Neben einem Planszenario werden mögliche abweichende Entwicklungen wie Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft in einem adversen Szenario berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger ab. In der ökonomischen Perspektive, die in unserem Institut barwertig ermittelt wird, werden das Risikodeckungspotenzial und die konsistent dazu ökonomisch ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die barwertigen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risikodeckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungslegungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Auf Basis des ermittelten Risikodeckungspotenzials legen wir im Rahmen unseres Strategie- und Limitierungsprozesses einmal im Jahr unser Gesamtbankrisikolimit fest. Wir stellen dabei sicher, dass genügend freies Risikodeckungspotenzial zur Verfügung steht, um zukünftige Wertschwankungen aufzufangen.

Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. Ad-hoc-Berichterstattung werden Vorstand und Aufsichtsrat informiert.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die Interne Revision geprüft.

Die Steuerung unserer Risiken erfolgt insbesondere im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeit. Aus dem Risikodeckungspotenzial leiten wir unser Gesamtbankrisikolimit ab, welches wir in festgelegte Teilrisikolimits für die wesentlichen Risiken untergliedern.

Nachfolgend stellen wir die Risikotragfähigkeit zum Bilanzstichtag dar:

	Ökonomische Perspektive (Werte in TEUR)
Risikotragfähigkeit zum 31.12.2024	
Risikodeckungspotential	31.301
Gesamtbankrisikolimit	24.700
Marktpreisrisiko gesamt	9.589
Davon Zinsbuch	8.525
Davon Fondsbuch	1.064
Adressenausfallrisiken	6.077
Davon aus Kundenkreditgeschäft	3.894
Davon aus Eigenanlagen	2.183
Operationelles Risiko	62
Sonstige wesentliche Risiken	1.766
Anteil der Risiken am Gesamtbankrisikolimit in %	70,8
Anteil Risiken am Risikodeckungspotential in %	55,9

Unser Stresstestkonzept umfasst die beiden Steuerungsperspektiven der Bank (ökonomische und normative Perspektive) und fokussiert hierbei jeweils die Adäquanz der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Bank. Im Rahmen des Stresstestkonzepts ermitteln wir regelmäßig und anlassbezogen die Auswirkungen von Stresstests, adversen Szenarien und Sensitivitätsanalysen. Die Reflexion und kritische Würdigung dieser Auswirkungen ist ein zentrales Element unseres Risikomanagements.

Im Folgenden erläutern wir das Risikomanagement unserer wesentlichen Risiken.

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken



Die Zinsrisiken messen wir vierteljährlich mit dem Software Modul VR Control Zinsmanagement, wobei ein Konfidenzniveau von 99,9 % zur Anwendung kommt. Die gemessenen Risiken werden in einem Limitsystem dem entsprechenden Teilrisikolimit gegenübergestellt, dessen Überschreiten die Anwendung bestimmter Maßnahmen auslöst. Im Geschäftsjahr bewegte sich das Zinsrisiko innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Teilrisikolimits.

Zur Ermittlung der Auswirkungen von Zinsänderungen hat die Bank für die wesentlichen variablen Positionen Ablaufkationen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte und Elastizitäten ermittelt. Neben der Risikoermittlung im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden die Zinsrisiken auch im Kontext des Zinsrisikokoeffizienten sowie des barwertigen und periodischen Ausreißertests ermittelt.

Aufgrund des von uns eingegangenen Zinsänderungsrisikos ist ein Rückgang des Zinsbuchbarwertes nur bei steigenden Zinssätzen zu erwarten.

Das Zinsänderungsrisiko wirkte sich auch in der Drohverlustrückstellung i. V. mit der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs aus. Es bestehen zum Bilanzstichtag jedoch ausreichend Nettoreserven, so dass keine Drohverlustrückstellung erforderlich ist.

Sonstige Marktpreisrisiken

Daneben bestehen Risiken aus dem Fondsbuch.

Diese weiteren für uns wesentlichen Marktpreisrisiken werden mit folgenden Verfahren gemessen: Für Fondsriskiken verwenden wir VaR-ex-ante-Kennzahlen der Kapitalgesellschaften bzw. der DZ BANK AG.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Das Adressenausfallrisiko im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft aus dem Software-Modul VR-Control KRM mit einem Konfidenzniveau von 99,9 %.

Der Risikoausweis umfasst den unerwarteten Verlust, welcher als barwertig ermittelter Credit Value at Risk (CVaR) ermittelt wird.

Die Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgt auf der Basis von Limitierungen sowie Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Sicherheiten und Risikoklassen. Risikokonzentrationen bestehen in Portfoliostrukturen im Kreditgeschäft.

Risikovorsorge wird auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

Das Adressenausfallrisiko bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen im Rahmen der Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage.

Eigenanlagen

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Veröffentlichungen sowie Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück.

Die Messung der Adressrisiken bei den Eigenanlagen erfolgt durch das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte in dem das zukünftige Verhalten definierter Risikoparameter auf Basis von Zufallszahlen in einer Monte-Carlo-Simulation abgebildet wird (Konfidenzniveau 99,9 %).

Der Risikoausweis umfasst den unerwarteten Verlust, welcher als barwertig ermittelter Credit Value at Risk (CVaR) ermittelt wird.

Diesen Risiken begegnen wir dadurch, dass wir grundsätzlich keine Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erworben haben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur mit schlechter als "Investment Grade" beurteilt wurden. Das Ausfallrisiko inländischer und ausländischer Emittenten begrenzen wir durch ein System interner Strukturlimits und Einzellimits.

Das Adressenausfallrisiko bewegte sich im Geschäftsjahr innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems.

Für weitere Ausführungen zu den Eigenanlagen verweisen wir auf unsere Darstellungen im Rahmen der Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

III.4 Liquiditätsrisiken

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotential begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.



Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungsmittelzeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotential (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann. Der Überlebenshorizont von sechs Monaten wurde im Berichtszeitraum nicht überschritten.

Weiter wird zur frühzeitigen Erkennung eines Liquiditätsengpasses die LCR-Kennziffer gemessen und gesteuert. Zum Bilanzstichtag belief sich die Kennziffer auf 105 %. Im Geschäftsjahr bewegte sie sich zwischen 105 % und 344 % und lag somit stets über dem geforderten Mindestwert von 100 %.

Im Zuge der Eckwertplanung erstellt die Bank einen Refinanzierungsplan für den jeweiligen Planungshorizont.

Darüber hinaus wird die Liquidität durch Fälligkeitslisten und Zahlungsstrom-Analysen überwacht.

Zur Sicherstellung der mittel- bis langfristigen strukturellen Liquidität beobachten wir regelmäßig die NSFR (Net Stable Funding Ratio). Damit beurteilen wir insbesondere die Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungen sowie unsere Stressresistenz insgesamt. Zum Bilanzstichtag lag die NSFR bei 124 % und damit über der Mindestanforderung von 100 %.

Das Refinanzierungskostenrisiko berechnen wir regelmäßig. In Hinblick auf unsere Refinanzierungsquellen verweisen wir auf Abschnitt II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage. Das Refinanzierungskostenrisiko wurde im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich eingestuft.

In liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht engagiert. Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern. Zudem wurde für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan festgelegt.

III.5 Operationelle Risiken

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht.

Die operationellen Risiken werden in ihrer Höhe im Rahmen einer Expertenschätzung aus den Erfahrungen der Vorjahre abgeleitet und einem definierten Limit gegenübergestellt. Zudem werden auch Worst-Case-Annahmen im Rahmen von regelmäßigen Stresstests berücksichtigt.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale, Backup-Einrichtungen, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision, Versicherungen (z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir juristische Hilfe in Anspruch.

Im Geschäftsjahr sind keine operationellen Risiken mit spürbarer Ertragsauswirkung eingetreten.

III.6 Gesamtbild der Risikolage

Zusammenfassend ist die Risikolage insgesamt als geordnet einzustufen, da die Risikotragfähigkeit im Geschäftsjahr 2024 unter den definierten Risikoberechnungen gegeben war.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen haben wir im Jahr 2024 jederzeit eingehalten. Die zu ihrer Deckung vorhandenen Eigenmittel belaufen sich zum 31.12.2024 auf 21.122 TEUR. Wir verweisen hierzu ergänzend auf unsere Ausführungen bei der Vermögenslage.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2025 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank voraussichtlich gegeben.

Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der Zugehörigkeit zur kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung nicht erkennbar.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG für das nächste Geschäftsjahr 2025 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen und Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Die prognostizierten Ergebnisse sind aufgrund der derzeit vielschichtigen Herausforderungen, wie den wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen in Deutschland und den weltweiten Konfliktsituationen insoweit mit erheblichen Unwägbarkeiten belegt. Die Rahmenbedingungen können sich derzeit kurzfristig und erheblich, mit möglicherweise positiven oder negativen Effekten auf die Geschäftstätigkeit und somit auf die Wirtschaftlichkeit des Handelns, verändern.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der bayerischen Kreditgenossenschaften



Für das Geschäftsjahr 2025 erwarten wir auf Basis der Prognose der Bundesregierung (Jahreswirtschaftsbericht 2025) einen leichten Zuwachs der Wirtschaftsleistung von 0,3 %. Die Verbraucherpreise dürften in diesem Jahr im Schnitt um 2,2 % steigen. Durch die globalen Krisen wurde die industrie- und exportorientierte Volkswirtschaft in Deutschland besonders hart getroffen, so dass umfangreiche Reformen im Jahr 2025 nötig sind.

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der bayerischen Kreditgenossenschaften werden in diesem Zusammenhang insbesondere aufgrund von oben genannten Einflussfaktoren im kommenden Geschäftsjahr herausfordern sein.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage

In Erwartung einer positiven regionalen Wirtschaftsentwicklung gehen wir für das nächste Geschäftsjahr von einer leicht wachsenden Nachfrage im Kundenkreditgeschäft und Einlagengeschäft aus. Hierbei wird mit einer Steigerungsrate von 3 % kalkuliert. Diese Prognose basiert auf der Prämisse eines gleichbleibenden Zinsniveaus.

Die Wertpapieranlagen werden voraussichtlich signifikant abnehmen.

Nach unserer Ergebnisvorschaurechnung für die Ertragslage ist auch im kommenden Jahr die Entwicklung der Zinsspanne von entscheidender Bedeutung. Wir rechnen auf der Grundlage unserer Zinsprognose mit einer erheblichen Erhöhung des Zinsüberschuss gegenüber dem Vorjahr. Die Stabilisierung des Zinsüberschusses steht weiterhin im Mittelpunkt unserer Aktivitäten.

Beim Provisionsergebnis rechnen wir mit einem prozentual leicht sinkenden Ergebnis.

Die Personalaufwendungen werden nach unseren Planungen im nächsten Geschäftsjahr u. a. aufgrund tariflicher Gehaltssteigerungen deutlich ansteigen.

Bei den Sachaufwendungen planen wir mit einem leicht rückläufigen Ergebnis.

Beim Bewertungsergebnis rechnen wir in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft mit einem deutlich erhöhten Aufwand und bei den Wertpapierabschreibungen mit einem leicht erhöhten Aufwand.

Erwartete Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das nächste Geschäftsjahr die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren (vgl. Definition Abschnitt II.2):

- Das Betriebsergebnis vor Bewertung in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme wird sich auf 2,22 % belaufen und somit gegenüber dem Vorjahr leicht ansteigen.

- Wir erwarten eine leicht sinkende Cost Income Ratio (CIR) auf 35 %.

- Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unserer Eigenmittel durch die voraussichtliche künftige Dotierung der Rücklagen und des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote und die harte Kernkapitalquote wird sich in einer Bandbreite von 18 % und 20 % bewegen. Wir gehen davon aus, dass der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert eingehalten wird.

- Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) wird sich in einer Bandbreite von 100 % und 200 % bewegen. Wir gehen davon aus, dass der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert eingehalten wird.

Gesamtaussage

Gemäß unserer Ergebnis- und Kapitalplanung erwarten wir unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass sich Geschäftsverlauf und Lage der Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG günstig entwickeln werden, weil das voraussichtliche Betriebsergebnis eine jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität gewährleistet. Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund einer planvollen Liquiditätsvorsorge und ausreichend zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten auch im nächsten Geschäftsjahr nicht zu rechnen.

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird voraussichtlich weiterhin gegeben sein.

Risiken

Wesentliche Risiken für die Vermögens-, Ertrags-, und Finanzlage bestehen im kommenden Jahr bei einer deutlich schlechteren Konjunkturentwicklung als prognostiziert, die zu einer rückläufigen Geschäftsentwicklung führen könnte.

Weitere wesentlichen Risiken sehen wir darüber hinaus in den möglichen negativen Auswirkungen der weltweiten Konfliktsituationen. Auch die geopolitischen Spannungen können zu einer Beeinträchtigung unserer Geschäfte führen.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage bestehen im nächsten Geschäftsjahr insbesondere wenn entgegen unserer Annahmen, die Konjunktur sich deutlich besser als prognostiziert entwickelt. Dies könnte zu einer positiveren Geschäftsentwicklung führen.

Weitere Chancen sind mit einer Entspannung der weltweiten Konfliktsituationen bzw. der Geopolitik verbunden. Auch hier könnte sich unser Ergebnis besser als erwartet entwickeln.



V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Hagelstadt, 23. April 2025

Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG

Der Vorstand

gez. Joseph Amring

gez. Sylvia Oberberger

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und traf die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse, dies beinhaltet auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers überwacht. Insbesondere beinhaltete die Überprüfung, dass keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen von Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, erbracht wurden. Bei zulässigen Nichtprüfungsleistungen lagen die erforderlichen Genehmigungen vor.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse.

Der vorliegende Jahresabschluss 2024 mit Lagebericht wurde vom Genossenschaftsverband Bayern e.V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses hat der Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Generalversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2024 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Hagelstadt, 27. Mai 2025

gez. Albert Allkofer, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresabschluss (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung (Formblatt 3 - Staffelform)
3. Anhang

1. Jahresbilanz zum 31.12.2024


Aktivseite

	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			952.206,18		717
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	952.206,18	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			6.988.743,90		1.941
b) andere Forderungen			0,00	6.988.743,90	0
4. Forderungen an Kunden				154.414.933,90	139.115
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	105.414.932,91				(95.287)
Kommunalkredite	337.653,20				(399)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		4.606.709,53			4.624



	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	4.606.709,53				(4.624)
bb) von anderen Emittenten		4.803.780,19	9.410.489,72		7.833
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	508.523,29				(2.930)
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	9.410.489,72	0
Nennbetrag	0,00				(0)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				7.105.082,06	12.949
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			391.950,50		392
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
an Wertpapierinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			8.050,00	400.000,50	8
darunter: bei Kreditgenossenschaften	0,00				(0)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
bei Wertpapierinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				0,00	0
darunter: an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
an Wertpapierinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				413.194,45	433
darunter: Treuhandkredite	413.194,45				(433)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand					
einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte			0,00		0



	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten					
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) Geleistete Anzahlungen			0,00	0,00	0
12. Sachanlagen				487.210,75	145
13. Sonstige Vermögensgegenstände				71.679,39	54
14. Rechnungsabgrenzungsposten				0,00	0
Summe der Aktiva				180.243.540,85	168.211
Passivseite					
	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			0,00		0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			13.536.876,87	13.536.876,87	19.624
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		14.092.045,63			15.490
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		1.330.647,78	15.422.693,41		1.606
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		44.326.138,99			50.528
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		81.290.764,21	125.616.903,20	141.039.596,61	58.081
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			0,00	0,00	0
darunter: Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
4. Treuhandverbindlichkeiten				413.194,45	433
darunter: Treuhandkredite	413.194,45				(433)



	Geschäftsjahr			Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
5. Sonstige Verbindlichkeiten			293.831,23	87
6. Rechnungsabgrenzungsposten			580.581,55	486
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		116.580,00		121
b) Steuerrückstellungen		361.571,43		99
c) andere Rückstellungen		344.037,92	822.189,35	456
8.			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			14.000.000,00	12.000
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	0,00			(0)
12. Eigenkapital				
a) Gezeichnetes Kapital		726.300,00		723
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Ergebnisrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage		2.125.000,00		1.950
cb) andere Ergebnisrücklagen		6.659.674,93		6.425
cc)		0,00	8.784.674,93	0
d) Bilanzgewinn			46.295,86	9.557.270,79
Summe der Passiva			180.243.540,85	168.211
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		684.590,55		694
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	684.590,55	0
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0



		Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			0,00	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			3.863.978,21	4.056
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00			(0)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2024

		Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		6.695.467,14		5.058
darunter: aus Abzinsung von Rückstellungen	204,00			(1)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		353.286,87	7.048.754,01	466
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	0,00			(0)
2. Zinsaufwendungen			-2.528.154,46	-1.463
darunter: erhaltene negative Zinsen	0,00			(0)
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			232.080,60	439
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			12.156,35	11
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	0
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge			731.105,26	664
6. Provisionsaufwendungen			-72.054,51	-33
7. Nettoertrag des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			32.330,22	39
9.			0,00	0



	Geschäftsjahr			Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		-1.108.621,27		-1.210
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-222.907,31	-1.331.528,58	-220
darunter: für Altersversorgung	-30.408,41			(-39)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-694.739,25	-651
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			-25.379,72	-23
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-3.727,50	-3
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-2.276,00		(-3)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	-90
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			92.612,43	0
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-107.965,83	-424
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18.			0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			3.385.489,02	2.560
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	(0)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			-986.726,59	-756



	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	TEUR
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		-2.466,57	-989.193,16	-2
24a.Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			-2.000.000,00	-1.200
25. Jahresüberschuss			396.295,86	602
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			396.295,86	602
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage		0,00		0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen		0,00	0,00	0
			396.295,86	602
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage		-175.000,00		-250
b) in andere Ergebnisrücklagen		-175.000,00	-350.000,00	-250
29. Bilanzgewinn			46.295,86	102

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG, Hagelstadt, ist beim Amtsgericht Regensburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 560 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

Die Bilanz wurde unter teilweiser Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.



Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem Nennwert ausgewiesen. Unterschiedsbeträge zwischen Zahlungsbetrag und höherem Nennwert wurden - sofern Zinscharakter vorliegt - in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden für Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (einschließlich widerruflicher und unwiderruflicher Kreditzusagen) Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt auf Grundlage des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren). Der erwartete Verlust wird unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt ermittelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten werden auf Basis der im genossenschaftlichen Finanzverbund etablierten VR-Rating-Verfahren geschätzt. Die Annahmen zu Kredithöhen im Ausfallzeitpunkt, den zukünftigen Zahlungen und den Sicherheitenverwertungserlösen und -kosten basieren auf einem LGD-Modell. Als Voraussetzung für die Anwendung der Bewertungsvereinfachung ist im Rahmen der Kreditvergabepraxis sichergestellt, dass die Konditionenvereinbarung zum Zeitpunkt der Kreditvergabe unter Berücksichtigung einer risikoadäquaten Bonitätsprämie erfolgt, deren Höhe sich an dem erwarteten Verlust über die Restlaufzeit orientiert. Die Ausgeglichenheitsannahme wurde zum Bilanzstichtag überprüft. Die Ausgeglichenheit kann weiter angenommen werden, da die quantitative Zeitreihenanalyse aufzeigt, dass keine wesentlichen Ausreißer in der Veränderung der Risikovorsorge vorhanden sind und die Konditionenfestsetzung unter Berücksichtigung der vorgegebenen Standardrisikokosten erfolgt.

Die Risikovorsorgebeträge für die Forderungen an Kreditinstitute und die Forderungen an Kunden werden als Pauschalwertberichtigungen von den jeweiligen Aktivposten abgesetzt. Die für Eventualverbindlichkeiten sowie unwiderrufliche Kreditzusagen ermittelten Risikovorsorgebeträge werden von den Unterstich-Positionen abgesetzt und als pauschale Rückstellungen in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c) ausgewiesen. Für widerrufliche Kreditzusagen erfolgt allein die Passivierung einer pauschalen Rückstellung in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c).

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere wurden fast ausschließlich nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Wertpapiere des Anlagevermögens bei denen zum Stichtag eine Verkaufsabsicht vorlag, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren werden Anschaffungskosten über pari durch anteilige Abschreibungen des Agios an den niedrigeren Einlöschungskurs angepasst.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten Derivats im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Risiken oder Chancen aufweisen, sind nicht im Bestand. Eine getrennte Bilanzierung ist daher nicht erforderlich.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten bilanziert.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Soweit hierbei Bandbreiten bestehen, wählen wir in der Regel die kürzest zulässige Nutzungsdauer.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 250 EUR wurden als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Sie wurden in voller Höhe abgeschrieben, sofern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Wirtschaftsgut über 250 EUR, aber nicht über 800 EUR lagen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Latente Steuern



Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Wertpapieren, denen aktive Steuerlatenzen in den Positionen Forderungen an Kunden, Wertpapiere und Rückstellungen gegenüberstehen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Der Berechnung der Steuerlatenzen wurde ein Steuersatz von 29,4 % zugrunde gelegt.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen Disagioträge enthalten, die bei Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden. Die Unterschiedsbeträge werden planmäßig auf die Laufzeit der Forderungen verteilt.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der 'Richttafeln 2018 G' (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Laufende Rentenverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert.

Es wurden eine Rentendynamik in Höhe von 2,00 % zugrunde gelegt.

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) auf Basis einer Prognose des Zinssatzes per September 2024 entsprechend des für die Ermittlung des Rechnungszinses vorgeschriebenen Verfahrens (1,90 %). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich nunmehr erstmalig ein negativer Unterschiedsbetrag von 312 EUR, entsprechend entfällt die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB.

Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BfA 3 verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebende positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert im Kundenkreditgeschäft sowie Eigengeschäft und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Bei den zurechenbaren Gebühren- und Provisionserträgen werden im Wesentlichen Kontoführungsgebühren und Postenentgelte angesetzt. Gemäß einer internen Erhebung bzw. Schätzung wird der Anteil der Verwaltungskosten für die Bestandsführung der zinsbezogenen Geschäfte an den gesamten Verwaltungsaufwendungen ermittelt. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt.

Individuelle Refinanzierungsmöglichkeiten werden bei dieser barwertigen Betrachtung berücksichtigt. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2024 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßige Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.



Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2024 in Höhe von 3.863.978 EUR betreffen ausschließlich Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag ausgewiesen. Im Falle der Passivierung einer Rückstellung für noch nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen und für Eventualverbindlichkeiten wird der jeweilige Posten unter dem Strich in Höhe des zurückgestellten Betrags gekürzt.

Die widerruflichen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses wird vor dem verbindlichen Eingehen sowie während der Laufzeit einer Verpflichtung das Risiko aus der Inanspruchnahme für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen eingeschätzt. Dabei ist im Wesentlichen die Bonität des Auftraggebers bzw. Kreditnehmers ausschlaggebend. Im Falle der Verschlechterung der Bonität, die den Ausgleich der Inanspruchnahme ganz oder teilweise nicht mehr erwarten lässt, werden Rückstellungen gebildet. Den latenten Risiken der Positionen unter dem Bilanzstrich wurde durch die Bildung von Pauschalrückstellungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten 01.01. EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen (+/-) EUR	a) Abgänge b) Zuschüsse EUR	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten am Bilanzstichtag EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR
Sachanlagen						
a) Grundstücke und Gebäude	1.004.235	343.884	0	a) 0 b) 0	1.348.119	442.666
b) Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	378.847	23.835	0	a) 7.958 b) 0	394.724	44.545
a	1.383.082	367.719	0	a) 7.958 b) 0	1.742.843	487.211
Buchwerte Vorjahr EUR						
Sachanlagen						
a) Grundstücke und Gebäude						103.383
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung						41.488
a						144.871
	Abschreibungen (kumuliert) 01.01. EUR	Änderung der kumulierten Abschreibun- gen aufgrund Zugängen (ohne Abschrei- bungen Geschäftsjahr) (+) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibun- gen aufgrund Abgängen (-) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibun- gen aufgrund Umbuchungen (+/-) EUR		
Sachanlagen						
a) Grundstücke und Gebäude	900.852	0	0			0
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	337.359	0	7.958			0



	Abschreibungen (kumuliert) 01.01. EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-) EUR	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-) EUR
a	1.238.211	0	7.958	0
	Abschreibungen Geschäftsjahr EUR		Zuschreibungen Geschäftsjahr EUR	
Sachanlagen				
a) Grundstücke und Gebäude			4.601	0
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung			20.778	0
a			25.379	0
				Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag EUR
Sachanlagen				
a) Grundstücke und Gebäude				905.453
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung				350.179
a				1.255.632
		Anschaffungskosten 01.01. EUR	Veränderungen (saldiert) EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens		11.472.741	-3.413.713	8.059.028
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		400.001	0	400.001
b		11.872.742	-3.413.713	8.459.029
Summe a und b		13.255.824		8.946.240

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In den Forderungen an Kreditinstitute sind 6.965.854 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jah- re EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	11.998.559	21.513.634	32.866.007	85.980.349

In den Forderungen an Kunden sind 2.056.385 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 594.202 EUR fällig.

Beteiligungen wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung gem. § 286 Abs. 3 HGB nicht angegeben.

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig EUR	börsennotiert EUR	nicht börsennotiert EUR	nicht mit dem Niederstwert be- wertete börsenfähige Wertpa- piere EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	9.410.490	6.913.228	2.497.262	6.213.281
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	1.453.966	0	1.453.966	0

In der Wertpapieraufstellung sind die nicht mit dem Niederstwert bewerteten börsenfähigen Wertpapiere gesondert gekennzeichnet. Die Abgrenzung erfolgte nach Wertpapierarten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 6.165.528 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 5.266.257 EUR.

Außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB sind deshalb unterblieben, da für die in Aktivposten 5 enthaltenen festverzinslichen Werte eine Durchhalteabsicht besteht und die Rückzahlung zum Nennwert erfolgt. Die Wertminderungen werden von uns als voraussichtlich nicht dauerhaft beurteilt, da wir mit einer vollständigen Wertaufholung rechnen.

Im Bilanzposten 'Treuhandvermögen' (A9) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die im eigenen Namen und für fremde Rechnung gehalten werden. Bei diesen handelt es sich um Forderungen an Kunden.

In den Sachanlagen sind enthalten:	EUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	442.666
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	44.545

In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.497.262	2.497.262

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 13.536.877 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jah- re EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	2.288.737	416.209	6.397.470	4.434.461
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	6.807	1.110.105	213.736	0
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	25.797.619	30.070.229	23.422.916	2.000.000

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im Bilanzposten 'Treuhandverbindlichkeiten' (P4) sind ausschließlich Refinanzierungsmittel ausgewiesen, die wir im eigenen Namen für fremde Rechnung halten. Bei diesen handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 579.454 EUR (Vorjahr: 485.721 EUR) enthalten.



Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

Geschäftsguthaben	EUR
a) der verbleibenden Mitglieder	705.750
b) der ausscheidenden Mitglieder	20.550
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen	0
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR 0

Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 1. Januar 2024	1.950.000	6.425.110
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	0	59.565
- aus Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	175.000	175.000
Stand 31. Dezember 2024	2.125.000	6.659.675

Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss nach den im Jahresabschluss ausgewiesenen Vorwegzuweisungen in die gesetzlichen Rücklagen (175.000,00 EUR) und die anderen Ergebnismrücklagen (175.000,00 EUR) wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 6,000 %	43.160,03
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	0,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	3.135,83
Insgesamt	46.295,86

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag entfällt, da sich im Geschäftsjahr erstmalig ein negativer Unterschiedsbetrag von 312 EUR ergibt.

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1b. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	7.394.497

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Die für das Geschäftsjahr ermittelten Aufzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden unter den Zinserträgen und den Zinsaufwendungen erfasst. Dadurch hat sich der Zinsüberschuss per Saldo um 204 EUR (Vorjahr 1.068 EUR) erhöht.

Die Provisionserträge aus für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, resultieren insbesondere aus der Vermittlung von Bausparverträgen, Versicherungsverträgen und Investmentfonds.

E. Sonstige Angaben



Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 9.000 EUR und der früheren Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene auf 165.099 EUR.

Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2024 Pensionsrückstellungen in Höhe von 116.580 EUR.

Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	882.882
Mitglieder des Aufsichtsrats	1.496.517

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 514.840 EUR.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Die Zahl der im Jahr 2024 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	3,75	11,75
Gewerbliche Mitarbeiter	0,00	3,00
	3,75	14,75

Außerdem wurden durchschnittlich 0,50 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile
Anfang 2024	1.030	4.726
Zugang 2024	24	116
Abgang 2024	26	137
Ende 2024	1.028	4.705
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	EUR	3.150
Höhe des Geschäftsanteils EUR 150	Höhe der Haftsumme	EUR 0

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Türkenstraße 22 - 24

80333 München

Mitglieder des Vorstands:

Joseph Amring, (Vorsitzender), Bankvorstand Marktfolge

Sylvia Oberberger, Bankvorständin Markt



Mitglieder des Aufsichtsrats:

Albert Allkofer, (Vorsitzender), selbständiger Agrarbetriebswirt

Silvia Ferstl, (stellvertr. Vorsitzende) Steuerberaterin bei Firma SLD Partner, Neutraubling

Claudia Kornblum, Geschäftsführerin der Firma Utz Energie & Umwelttechnik GmbH

Thomas Scheuerer, Dipl.-Ing. agr., Bürgermeister der Gemeinde Hagelstadt

Hagelstadt, 7. April 2025

Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG

Der Vorstand

gez. Joseph Amring, Vorsitzender

gez. Sylvia Oberberger

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG, Hagelstadt

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG (im Folgenden "Genossenschaft") - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

entspricht der beigegefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und

vermittelt der beigegefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses



Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Bewertung Kundenforderungen

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung Kundenforderungen

- a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 154,4 Mio. EUR. Dies entspricht 85,7 % der Bilanzsumme. Zudem bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 3,9 Mio. EUR sowie Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen in Höhe von 0,7 Mio. EUR.

Weiter ist eine hohe Konzentration in der Branche Grundstücks- und Wohnungswesen zu verzeichnen. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen sowie die Bemessung von Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräume. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, das Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung von der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditrisiken beeinflusst wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von entscheidender Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Wir haben zunächst beurteilt, ob die für die Bewertung der Kundenforderungen relevanten Prozesse der Genossenschaft derart ausgestaltet sind, dass akute Risiken mit hinreichender Sicherheit rechtzeitig erkannt werden und gegebenenfalls eine Risikovorsorge in ausreichendem Umfang gebildet wird. In Folge haben wir uns von der Funktionsfähigkeit der Regelungen bzw. Prozesse überzeugt. Hierbei stellen wir auf die eingerichteten relevanten Kontrollen der Genossenschaft ab.

Des Weiteren haben wir umfangreiche analytische Prüfungshandlungen bzw. Datenanalysen durchgeführt. Dabei wurde der Datenbestand der Genossenschaft in Hinblick auf vordefinierte Prüfkriterien ausgewertet. In diesem Zuge wurden u. a. Auswertungen zur Datenqualität bei den Ratings, zu Forbearance-Maßnahmen sowie allgemeinen Auffälligkeiten (z. B. bei den Sicherheiten oder den Konditionen) durchgeführt.

Hierauf aufbauend haben wir bewusst ausgewählte Kreditengagements hinsichtlich der Notwendigkeit und - soweit erforderlich - der Angemessenheit einer Risikovorsorge einer Einzelfallprüfung unterzogen.

- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen im Kreditgeschäft sind im Anhang im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten.

Darüber hinaus enthält der Lagebericht Ausführungen zu den Kreditstrukturen und Verfahren der Risikoerkennung.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen -, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich



für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.

beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.

führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.



SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

Sonstige Leistungen ohne gestalterische Beratungskomponenten

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Barbara Schlickerrieder

München, 27. Mai 2025

Genossenschaftsverband Bayern e.V.

gez. Helmut Thurn, Wirtschaftsprüfer

gez. Barbara Schlickerrieder, Wirtschaftsprüferin

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der Generalversammlung am 25. Juni 2025 festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

BaFin - Instituts - Nummer: BA 41 (106406)

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2024

("Länderspezifische Berichterstattung")

Die Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2024 5.456 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt -.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 3.385 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen 987 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die Raiffeisenbank Alteglofsheim-Hagelstadt eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.